

# „Riesiges Potenzial“

Der frühere sächsische Ministerpräsident Kurt Biedenkopf, 73, über steuerliche Förderung von Haushaltsjobs

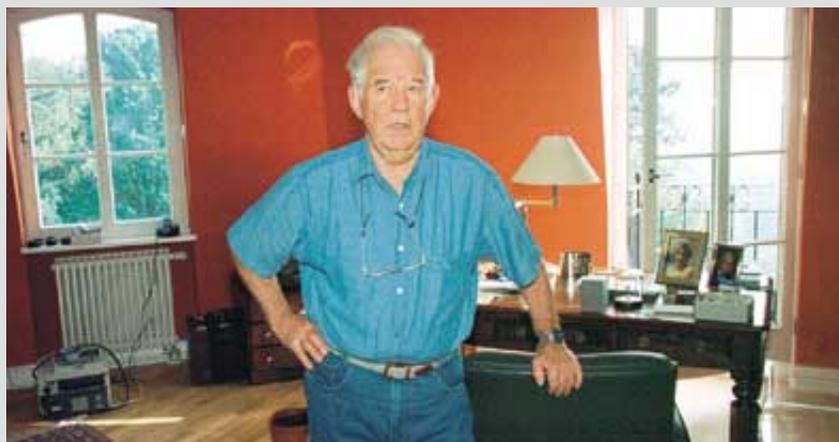
**SPIEGEL:** Viele Arbeitsmarktxperten wollen im Kampf gegen die Schwarzarbeit Dienstleistungen im Privathaushalt steuerlich fördern. Was halten Sie davon?

**Biedenkopf:** Ich habe das schon vor 15 Jahren propagiert. In den Haushalten gibt es ein riesiges Beschäftigungspotenzial. Viele Familien suchen händeringend Hilfe, weil sie entweder Kinder betreuen oder ältere Angehörige pflegen müssen. Heute wird so etwas, wenn überhaupt, schwarz erledigt. Man könnte solche Tätigkeiten aber in die Legalität führen, wenn Haushalte behandelt würden wie gewerbliche Arbeitgeber: Sie könnten die Lohnkosten von der Steuer absetzen. Dann würde es sich vielfach lohnen, die Hilfen im Haushalt regulär zu beschäftigen.

**Biedenkopf:** Das ist doch absurd. Der Gesetzgeber kann genau definieren, welche Tätigkeiten er freistellt und welche nicht. Das Wichtigste ist doch, dass wir nach pragmatischen Lösungen suchen, um die Leute aus der Illegalität zu holen.

**SPIEGEL:** Von dem Modell würden vor allem Besserverdiener profitieren, weil nur die sich eine Haushaltshilfe leisten können. Ist das gerecht?

**Biedenkopf:** Das Konzept käme vor allem den Arbeitslosen zugute, und das ist das Wichtigste. Wir verbauen uns in diesem Land den Weg zu vernünftigen Lösungen immer wieder durch einen geradezu paranoiden Neidkomplex. Wie ist denn die Realität? Dieselben, die den Vorschlag als Dienstmädchenprivileg verteufeln, drehen sich um und



Politiker Biedenkopf: „Mit der Heuchelei Schluss machen“

**SPIEGEL:** Der Finanzminister müsste mit erheblichen Steuerausfällen rechnen.

**Biedenkopf:** Selbst wenn im ersten Schritt die Steuereinnahmen etwas sinken würden: Wir hätten Tausende schwarzer Jobs in legale Beschäftigungsverhältnisse verwandelt samt vollem Sozialversicherungsschutz. Der Staat gibt heute riesige Summen für Arbeitslosenunterstützung und Sozialhilfe aus. Wenn wir die geförderten Haushaltsjobs nur zu einem geringen Teil mit Erwerbslosen besetzen, hätte sich die Maßnahme schon gelohnt – auch für den Finanzminister.

**SPIEGEL:** Der fürchtet einen Dammbruch: Wenn Haushaltstätigkeiten nicht versteuert werden müssen, warum soll das nicht auch für Handwerkerstunden gelten?

fragen: Kennen Sie eine Putzfrau, die bereit ist, für sechs Euro schwarz zu arbeiten? Der Vorschlag würde mit dieser Form der Heuchelei Schluss machen.

**SPIEGEL:** Was bringt das beim Kampf gegen die Arbeitslosigkeit?

**Biedenkopf:** Regierung und Opposition diskutieren derzeit über die Zusammenlegung von Arbeitslosen- und Sozialhilfe und planen eine Art Beschäftigungsverpflichtung für alle. Dazu braucht man Jobs, die der Staat aber nur in sehr begrenztem Umfang schaffen kann. In den Haushalten dagegen gibt es einen riesigen Bedarf. Was liegt also näher, als die beiden Überlegungen zusammenzuführen? Wenn jemand eine bessere Idee hat, soll er sich doch melden.

die Grundsätze der Steuerpolitik vor, sollen alle Bürger die öffentlichen Aufgaben finanzieren, am besten entsprechend ihrer Wirtschaftskraft: die Reichen mehr, die Armen weniger.

Doch die Realität sieht anders aus. Wer die komplizierten Finanztransfers und Quersubventionierungen von Steuer- und Sozialsystemen analysiert, stellt fest: Die Zeche zahlen vor allem die Beschäftigten.

Es geht schon damit los, dass der Staat seine besonders ausgabenträchtigen Sozialsysteme organisiert hat wie internationale Fluglinien ihre Serviceleistungen, mit den Arbeitnehmern in der Holzklasse: Selbständige, Freiberufler und Spitzenverdiener dürfen sich kostengünstig privat versichern; für die Beamten kommt der Steuerzahler auf. Das Gros der Arbeitnehmer dagegen wird per Gesetz in die öffentlichen Renten-, Kranken- oder Pflegeversicherungen gezwungen.

Das Ergebnis ist eine geradezu groteske Verzerrung des viel beschworenen Solidarprinzips. Während Großverdiener und Vermögensmillionäre vielfach gar nicht an den Kosten der sozialen Sicherung beteiligt sind, tragen die Lasten vornehmlich durchschnittlich und besser verdienende Arbeitnehmer.

Längst sind die Beschäftigten zu den Geprellten des angeblich für sie geschaffenen Wohlfahrtsstaates geworden: Der Staat schöpft einen immer größeren Anteil seiner Einnahmen aus ihren Abgaben für Rente, Pflege und Gesundheit. So wuchs der Anteil der Sozialbeiträge am Bruttoinlandsprodukt in den vergangenen 40 Jahren von 10 auf rund 18 Prozent an. Die Steuerquote dagegen blieb im selben Zeitraum bei rund 22 Prozent konstant.

Doch die Zahlen vermitteln nur einen ersten Eindruck von der Einseitigkeit, mit der die Republik seit Jahren ihren Finanzbedarf dem Faktor Arbeit aufdrückt. In Wahrheit ist alles noch viel schlimmer: Zum einen greifen die Finanzämter einen wachsenden Anteil ihrer Steuereinnahmen ausgerechnet bei den Arbeitnehmern ab. Zum anderen hat der Staat den von Betrieben und Beschäftigten getragenen Sozialkassen jede Menge genereller Staatsaufgaben aufgebürdet, die eigentlich die Allgemeinheit tragen müsste.

Der Katalog der Fehlbuchungen hat mittlerweile einen solchen Umfang angenommen, dass nicht einmal Experten mehr den Überblick behalten. So finanzieren die Arbeitnehmer mit ihren Beiträgen zur Renten-, Kranken- oder Arbeitslosenversicherung nebenbei die Schulabschlüsse von Jugendlichen ohne Lehrstelle mit, bezahlen den Radwegebau in Mecklenburg-Vorpommern, alimentieren die Entlassungswellen bei Post und Telekom oder unterstützen die deutschen Wiedergutmachungsleistungen an ukrainische Juden.

Zwar zahlt der Bund den Sozialversicherungen deshalb milliardenschwere Zu-